

Kriegswirtschaft.

Vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts v. Batocki.

Der Kampf zwischen der Richtung, die unser Kriegswirtschaftssystem der Beschlagnahme, Preisregulierung und Verteilung lieber heute als morgen beseitigen und der, die es in äußerster Uebertreibung bis zum letzten Punkt zwangsläufig ausgestalten will, tobt in den letzten Wochen mit zunehmender Lebhaftigkeit in den Zeitungspalten. Die Tätigkeit des Kriegsernährungsamts hat, wie zu erwarten stand, beide extreme Richtungen in hohem Grade enttäuscht, sowohl die, die von ihm die möglichst baldige Beseitigung des „Wustes von Verordnungen“ und die Herstellung des freien Verkehrs erwarteten, wie von denen, deren Erwartungen auf restlose Ausdehnung der Rationierung bis zur Pflaume und zum Kohlkopf herab womöglich unter plötzlicher und gewaltfamer Herabsetzung der Höchstpreise gingen. Ich stehe diesem Kampfe der Meinungen als unparteiischer Beobachter gegenüber, dankbar für jede Kritik und jeden Vorschlag, die sich praktisch verwerten lassen, betrübt über Entgleisungen nach der einen oder anderen Richtung, die in vorschnellem oder leichtfertigen, auf Einzelbeobachtungen gestütztem und von Nervosität beeinflusstem Urteil, nach Form und Inhalt über das Ziel schießen und zur weiteren Verschärfung der Gegensätze zwischen den Berufsständen und zur weiteren Herabsetzung des Ansehens der auf schwierigem Posten stehenden Kriegswirtschaftsstellen beitragen. Ein unparteiischer Beobachter kommt dabei zur Ueberzeugung, daß die Auffassung der wirtschaftlichen Dinge noch immer vielfach wenig kriegsmäßig ist. Ein Landwirt, der seinen Sohn willig dem Vaterlande hingibt, der selbst, wenn er es noch könnte, am liebsten in den Schützengraben ginge, gibt in der Zeitung in zwar unbeabsichtigt, aber tatsächlich aufreizender Form, seinem Aerger darüber Ausdruck, daß er für den Zentner Gerste 1 M. weniger bekommt, als er gern haben möchte, daß ihm unter dem Zwange des gesteigerten städtischen Bedarfs mehr Kartoffeln fortgenommen werden, als er in der Wirtschaft glaubt entbehren zu können, daß sein Raps ihm nicht auf dem Hofe, sondern an der Empfangsstation abgenommen wird usw. Ein Städter, dessen Opferwilligkeit für den äußeren Kampf hinter der jenes Landwirtes nicht zurücksteht, sieht im Wirtschaftskampfe in Rücken Elefanten. Ohne jede Rücksicht auf volkswirtschaftliche Möglichkeiten wird aus Konsumententreifen ein plötzliches Umstoßen der bisherigen Preisentwicklung gefordert, das die Ware vom Markt vertreiben und die Erzeugung lahm legen würde. Als Gipfel der Nervosität zeigt sich in letzter Zeit in vermehrtem Umfange die Forderung eines staatlichen Produktionszwanges gegen die Landwirtschaft. Es soll durch die Behörden angeordnet werden, wieviel Vieh jeder halten muß, die viehschwachen Wirtschaften sollen behördlich verboten werden, die Anbauflächen von Getreide, Hülsenfrüchten, bestimmten Getreidearten sollen bei jedem Landwirt behördlich bestimmt werden usw. Wenn Nichtlandwirte solchen Vorschlag machen, so ist das begreiflich, daß aber von Landwirten selbst in immer zunehmender Zahl diese Maßnahmen befürwortet werden, die den Ruin der so geknebelten Landwirtschaft herbeiführen müßten, ist kaum begreiflich.

Begreiflich mögen solche Stimmungsausbrüche bei der langen Kriegsdauer sein; etwas mehr Vernunft, etwas mehr Bemühung, die wirtschaftliche Notwendigkeit der anderen Berufsgruppen zu verstehen, etwas weniger agitatorische Aufmachung, vor allem auch weniger planlose Verallgemeinerung und Aufbauschung einzelner örtlicher Mißgriffe sollte sich im vaterländischen Interesse jeder, der über diese Dinge schreiben und reden zu müssen glaubt, immerhin auferlegen. Das deutsche Volk, das Belastungsproben von außen und innen in so beispieleloser bewundernswürdiger Weise getragen hat, wird schließlich auch die durch solche Art der öffentlichen Meinungsäußerung geschaffene weitere Belastungsprobe ertragen. Aber die, die daran mitarbeiten, sollten doch den Bogen dabei nicht überspannen und sich vor jeder Meinungsäußerung überlegen, ob sie wirklich kriegsmäßig ist, ob sie auf der für jede öffentliche Meinungsäußerung notwendigen allgemeinen Sachkenntnis beruht und ob sie geeignet ist, dem Vaterlande in der jetzigen ernsten Situation zu nützen.

Wer für die Dinge im ganzen verantwortlich ist, muß sich trotz der Notwendigkeit der ständigen Fühlhaltung mit allen Richtungen der öffentlichen Stimmung durch derartige Äußerungen sein eigenes Urteil nicht trüben lassen. Er muß den Weg, den er unter voller schwerer Verantwortlichkeit zu gehen hat, sorgsam überlegen, muß ihn dann aber, wenn es nötig ist, mit rücksichtsloser Energie zu Ende gehen. Unser in zwei Kriegsjahren geschichtlich gewordenen Kriegswirtschaftssystem, jetzt wo der Gegner auf allen

klar, und sie werden, mag auch im einzelnen die Wandelbarkeit der Kriegsernährungs- oder berechtigten Kritik den-berennen herbeiführen, diesen Weg zu gehen wissen, bis das Ziel erreicht ist.